

Solidarität und transnationale Netzwerkeinbettung

Einstellungen zu länderspezifischer Finanzhilfe in zwei europäischen Ländern

Julia Häuberer

*Beitrag zur Plenum 5 »Die Eurokrise: Herausforderung der Moderne« – organisiert von
Andrea Maurer und Maurizio Bach*

Die Europäische Finanzkrise stellt eine der härtesten Prüfungen für die EU dar. Ausgelöst von einer globalen Finanzkrise gerieten mehr und mehr EU Staaten in Staatsschuldenkrisen, die sie ohne Hilfe der EU nicht selbst lösen konnten. Als Antwort auf die Krisen wurde 2010 die temporäre »Europäische Finanzstabilisierungsfazilität« und im Jahre 2013 der permanente »Europäische Stabilitätsmechanismus« geschaffen, aus denen die Krisenstaaten Darlehen beantragen können um ihren Haushalt zu sanieren. Die Etablierung der Stabilitätsmechanismen kann als Prozess beschleunigter Systemintegration interpretiert werden, da die EU nun aktiv in die Finanzpolitik von Ländern eingreifen kann, die Gelder aus dem Europäischen Stabilitätspakt erhalten. Somit wurde die Souveränität der europäischen Krisenstaaten eingeschränkt und die bisher sehr hochgeschätzte Nichtbeistandsklausel durch Ergänzung des Lissabon-Vertrages um Artikel 136(3) abgeschwächt, die jetzt die Einrichtung eines Stabilitätsmechanismus ermöglicht. Nun stellt sich die Frage, ob der beschleunigten Systemintegration auch Sozialintegration (im Sinne Lockwoods 1964) folgt. Sozial integrieren sich die Europäer aufgrund räumlicher Mobilität und transnationaler Praktiken, die durch europaweite rechtliche Regelungen erleichtert werden. Dies ist die Basis für die Entwicklung grenzüberschreitender europäischer Solidarität, deren Existenz und Bedingungsfaktoren dieser Beitrag untersucht, wobei besonders die Effekte trans-

indikator für länderspezifische Solidarität dient hier die Akzeptanz finanzieller Hilfen durch die EU Mitgliedsstaaten Irland, Griechenland, Spanien und Italien durch portugiesische und deutsche Bürger.

Zunächst werden Einflussfaktoren und Kriterien transnationaler Solidarität diskutiert und Hypothesen bezüglich der Akzeptanz von Finanzhilfe abhängig von kulturellem Hintergrund, Solidaritätskriterien und transnationaler Netzwerkeinbettung abgeleitet. Die Hypothesen werden daraufhin mit Daten der Studie »Fiskalische Solidarität in der Europäischen Union« (FSEU), die 2012 in Deutschland und Portugal durchgeführt wurde, mit Hilfe von Strukturgleichungsmodellen überprüft.

Solidaritätskriterien und Einstellungen zu länderspezifischer Finanzhilfe

Nach van Oorschot (2008: 3) lassen sich formelle und informelle Solidaritäten unterscheiden. Formelle Solidarität besteht, wenn sich Individuen direkt an Verfahren zur Verbesserung der Lebensbedingungen gesellschaftlicher Gruppen beteiligen. Informelle Solidarität hingegen bezeichnet Einstellungen gegenüber Umverteilung, worunter Haltungen zur Finanzhilfe zählen. Bisherige Studien zeigen, dass allgemeine Finanzhilfe auf breite Zustimmung stößt (Ciornei 2014; Lengfeld et al. 2014; 2015). Doch lassen die Studien die Frage offen, ob Finanzhilfe an konkrete Länder (im Folgenden »länderspezifische Finanzhilfe«) gleichermaßen akzeptiert wird und worauf die Entscheidungen für länderspezifische Finanzhilfe basieren.

Solidaritätsentscheidungen folgen verschiedenen Kriterien, die die Einschätzung erlauben, welche Personengruppen würdige Bedürftige sind. Folgende Kriterien spielen hierbei eine Rolle: 1) Kontrolle über die eigene Lage, 2) Höhe der benötigten Hilfe, 3) Identität; 4) Geisteshaltung und 5) Reziprozität (van Oorschot 2000: 36). Das heißt also, dass Personen und Gruppen als würdige Bedürftige eingeschätzt werden, 1) die keine Kontrolle über ihre missliche Lage haben, 2) die sehr umfangreiche Hilfen benötigen, 3) mit denen sich ein Individuum identifizieren kann, bzw. denen es ähnlich ist; 4) die sich dankbar für Hilfe zeigen und 5) die vormals andere Gruppen unterstützten, oder in Zukunft fähig sein werden, Hilfe zu erwidern. Bezogen auf die Akzeptanz von Finanzhilfe spielt die Höhe der benötigten Hilfe als Kriterium eine untergeordnete Rolle, da anzunehmen ist, dass Finanzhilfe in einer Höhe geleistet wird, die sich der Vorstellungskraft einzelner EU-Bürger entzieht. Daher ist eine Unterscheidung zwischen viel und wenig Finanzhilfe schwierig. Wie wiederum über die anderen genannten Kriterien entschieden wird, hängt davon ab, welche Informationen über das jeweilige Land vorliegen. Diese können sich durch Netzwerkeinbettung ändern oder verstärken, denn Interaktionen mit anderen Personen erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines Ressourcen- (Häuberer 2014) und Informationsaustausches (McPherson et al. 1992). Ein solcher Austausch erweitert bestehende Informationen und hilft Fehlinformationen, die möglicherweise von den Medien propagiert werden, zu korrigieren. Demnach hängen Solidaritätsentscheidungen bezüglich der Gewährung von Finanzhilfe an bestimmte europäische Mitgliedsstaaten davon ab, aus welchem Herkunftsland die befragte Person stammt, welche Informationen über das Zielland der Finanzhilfe und dessen Bürger bestehen und ob eine Person Kontakte in das Zielland unterhält, die die Informationen erweitern und korrigieren mögen.

Die vorliegende Studie vergleicht Deutschland und Portugal; zwei Länder, die in der Finanzkrise als Kontrastfälle bezeichnet werden können. Erstens unterscheiden sich beide Länder in der Mitgliedschaftsdauer in der EU. (West-)Deutschland war bereits Gründungsmitglied der europäischen Montanunion im Jahre 1951. Portugal trat der Europäischen Gemeinschaft erst 35 Jahre später bei. Zweitens liegt Deutschland geographisch im Zentrum der Europäischen Union, während Portugal ein südeuropäisches Land ist. Einige Studien zeigten, dass eine längere Mitgliedschaftsdauer, sowie die geographische Nähe zu Brüssel einen positiven Einfluss auf Einstellungen zum europäischen Integrationsprozess haben (Mau, Verwiebe 2010: 338). Drittens weisen beide Länder trotz konservativ-korporatistischer (Esping-Andersen 1990; Pereira et al. 2008) Charakteristika unterschiedliche Ausstattungen auf. Während der deutsche Wohlfahrtsstaat eine hohe Sozialleistungsquote aufweist, ist der portugiesische Wohlfahrtsstaat rudimen-

tär ausgestattet und von Korruption geprägt (Ferrera 1996). Schließlich zeigt sich ein ähnliches Bild bezüglich der ökonomischen Lage beider Länder. Während Deutschland der finanzstärkste EU-Mitgliedsstaat ist, zählt Portugal zu den ökonomisch schwächsten EU-Ländern. 2011 hatte Portugal neben Griechenland, Irland und Zypern große Probleme bei der Finanzierung seines Haushaltes und musste bei der Europäischen Union und dem IWF Kredite beantragen. So war Portugal eines der Länder, die Darlehen zum Zeitpunkt der Umfrage Mitte 2012 erhielten¹ (EFSF 2015). Portugal setzte die von IWF und EU auferlegten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vorbildlich um. Daher wird hier davon ausgegangen, dass Portugal ein typisches Nehmerland repräsentiert. Im Gegensatz dazu zählt Deutschland zu den Geberländern, welches durch seine wirtschaftliche Stärke in der EU die höchsten Garantien im europäischen Stabilitätsmechanismus trug bzw. trägt (ESM 2015).

Die Beschreibung beider Vergleichsländer zeigt, dass hier zwei gegensätzliche Mechanismen wirken. Einerseits ist anzunehmen, dass Deutsche durch die längere Mitgliedschaftsdauer und zentrale europäische Lage europafreundlicher eingestellt sind und Finanzhilfe somit eher befürworten sollten als Portugiesen. Andererseits befinden sich die Portugiesen selbst in der Lage eines Nehmerlandes und profitieren stark von der Finanzhilfe, wohingegen Deutschland Gefahr läuft, die Kosten selbst tragen zu müssen, wenn die Garantien nicht zurückgezahlt werden. Einige Befunde deuten an, dass letzteres großes Gewicht bei der Formierung von Einstellungen zur Finanzhilfe hat. So befürworteten weniger deutsche Befragte den europäischen Stabilitätsmechanismus als Italiener, Rumänen und Spanier (Ciornei 2014: 122f.). Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Deutschen auch bei länderspezifischer Solidaritätsbereitschaft zurückhaltender sind als die Portugiesen. Daraus lässt sich Hypothese H1 formulieren: *Portugiesen akzeptieren länderspezifische Finanzhilfe eher als Deutsche.*

Die Einschätzung, ob Finanzhilfe zu leisten sei, hängt neben der eigenen Herkunft auch davon ab, ob persönliche Kontakte in die Empfängerländer bestehen. Die europäischen Bürger sind in transnationale Netzwerke eingebettet und pflegen grenzüberschreitende Alltagspraktiken (Recci et al. 2014; Mau 2010). Darüber hinaus ruft transnationale Einbettung kosmopolitische Orientierungen hervor, die mit der Ansicht einhergehen, dass transnationale Institutionen die richtigen Adressaten für transnationale und globale Probleme sind (Mau 2010: 101). Zudem sind kosmopolitisch eingestellte Personen Ausländern gegenüber toleranter und haben transnationales Vertrauen (Mau 2010: 107, 113). Diese Befunde stehen im Einklang mit der Kontakthypothese, die davon ausgeht, dass Personen, die sich häufig in Kontakt mit Ausländern befinden, toleranter diesen gegenüber werden (Stouffer 1949). Die Konflikttheorie hingegen geht davon aus, dass der Kontakt mit Ausländern Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen aufzeigt und daher eher Spannungen zwischen den Gruppen entstehen (Blumer 1958). Bezogen auf Finanzhilfe deutet sich die Gültigkeit der Kontakthypothese an: Während die Netzwerkgröße ausländischer Freundesnetzwerke keinen Einfluss auf Einstellungen zur Finanzhilfe ausüben, so sind Bürger, die Auslandskontakte in verschiedene europäische Länder haben, Finanzhilfe gegenüber eher positiv eingestellt (Ciornei 2014: 117). Damit lässt sich Hypothese H2 ableiten:

¹ Im Juni 2014 konnte Portugal aus dem Stabilitätspakt wieder austreten, da der Haushalt in angemessener Weise refinanziert war.

Transnationale Netzwerkeinbettung hat einen positiven Einfluss auf Einstellungen zur länderspezifischen Finanzhilfe.

Wie bereits erwähnt spielen für die Einstellungen zur Finanzhilfe nicht nur die eigene Herkunft und transnationale Netzwerkeinbettung eine Rolle, sondern auch die Länder, welche Finanzhilfe erhalten sollen. Anhand dieser Länder werden die Solidaritätskriterien angelegt, die eine Entscheidung über würdige Bedürftigkeit zulassen. Im Jahre 2012 erhielt nicht nur Portugal Finanzhilfe sondern auch Irland, Griechenland und Spanien. Italien befand sich aufgrund hoher Zinsforderungen auf Staatsanleihen am Geldmarkt am Rande einer Krise und wurde bereits in den Medien als möglicher zukünftiger Empfänger von Finanzhilfe diskutiert.

Während der Hochphase der Finanzkrise zogen einige dieser Nehmerländer die Medienöffentlichkeit stark auf sich. Zum Beispiel wurde aufgedeckt, dass Griechenland die eigenen Statistiken manipulierte, um die Kriterien erfüllen zu können, die den Eintritt in die EU bzw. die Eurozone zuließen. Weiterhin sind in den südeuropäischen Ländern korrupte politische Strukturen vorhanden (Ferrera 1996: 25). Dies wird auch so von der Bevölkerung wahrgenommen, wie der Korruptionsindex von Transparency International (2013), der Werte zwischen 0 (hohe Korruption) und 100 (geringe Korruption) annimmt, aufzeigt: Griechenland erreichte einen Wert von 40, Italien von 43 und Spanien von 59. Verstärkt werden die korrupten Strukturen durch einen in den südeuropäischen Ländern vorherrschenden fragmentierten korporatistischen Wohlfahrtsstaat (Ferrera 1996: 19). Das Versicherungssystem setzt auf Statuserhalt, indem es bestimmte Gruppen, besonders die im Staatsdienst aktiv sind, absichert. Somit werden bestehende Strukturen gestärkt und Korruption gefördert. Die klientelistischen Strukturen gepaart mit Korruption können so Wahrnehmungen hervorrufen, dass die südeuropäischen Länder selbst an der finanziellen Lage schuld sind (Solidaritätskriterium »Kontrolle der eigenen Lage«). Zudem erscheint es fraglich, ob die Strukturen zulassen, dass die Anleihen wieder zurückgezahlt werden (Solidaritätskriterium »Reziprozität«). Diese Frage ist gerade wieder topaktuell mit dem Regierungswechsel zum Linksrechtsbündnis in Griechenland, von welchem die Rechtmäßigkeit von Sparmaßnahmen öffentlich in Frage gestellt wird. Es ist anzunehmen, dass diese Bedenken durch Interaktionen in sozialen Netzwerken mit Griechen und Spaniern schon 2012 bestärkt wurden, da es hier massive öffentliche Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen gab. Hier kommt das dritte Solidaritätskriterium – die »Geisteshaltung« – ins Spiel (van Oorscot 2000: 36): die Demonstrationen zeigen an, dass die Südeuropäer der Finanzhilfe eben nicht dankbar gegenüberstehen, sondern diese eher ablehnen. Zudem ist sich die südeuropäische Bevölkerung darüber im Klaren, dass Korruption ein großes Problem der Länder ist, wie der Korruptionsindex anzeigt.

In Irland hingegen herrschen weniger korrupte Strukturen vor, die für eine Verschuldung verantwortlich sein bzw. eine Rückzahlung der Anleihen hemmen könnten. Das Land wies einen Korruptionsindex von 72 auf (und liegt damit nahe dem deutschen Wert von 78) (Transparency International 2013). Daher ist anzunehmen, dass Irlands Krise als weniger selbst verschuldet wahrgenommen wird (Solidaritätskriterium »Kontrolle der eigenen Lage«) und die Kapazität, dass Rückzahlungen erfolgen, erfolgreich eingeschätzt werden. Zudem hat es einen liberalen Wohlfahrtsstaat mit einer liberalen Wohlfahrtskultur (Pfau-Effinger 2009), die sich dadurch auszeichnet, dass unabhängig vom Staat, jede/r für den eigenen Erfolg am Markt und für soziale Sicherung selbst verantwortlich ist. Diese Wohlfahrtskultur spiegelt sich auch im Lebensgefühl der Irländer wieder, welches besonders in sozialen Interaktionen mit Iren evident werden sollte

und die Wahrnehmung hervorrufen kann, dass die Rückzahlungen aktiv in die Hand genommen werden (Solidaritätskriterium »*Reziprozität*«). Zudem fanden in Irland keine so massiven Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen wie in den südeuropäischen Ländern statt, die auf Unerwünschtheit der Finanzhilfe schließen ließen (Solidaritätskriterium »*Geisteshaltung*«). Insgesamt ist also anzunehmen, dass Kontakte zu Iren die Wahrnehmung bestärken, dass Irlands Bedürftigkeit rechtmäßig ist. Aus dieser Argumentationslinie lassen sich folgende Hypothesen formulieren: H3a: *Soziale Kontakte zu Iren zeigen die würdige Bedürftigkeit Irlands auf und führen daher dazu, dass Finanzhilfe an Irland eher akzeptiert wird.* H3b: *Soziale Kontakte zu Südeuropäern bestärken die Wahrnehmung, dass die südeuropäischen Länder unwürdige Bedürftige sind und führen dazu, dass Finanzhilfe an Griechenland, Spanien und Italien eher abgelehnt wird.*

Letztlich werden Menschen und Gruppen, die uns ähnlich sind, als eher unterstützenswert eingestuft (Solidaritätskriterium »*Identität*«) (van Oorschot 2000: 36). Nach diesem Kriterium erscheint die Identifikation mit Europa einen wichtigen Hinweis auf die Akzeptanz von Finanzhilfe zu geben. Personen, die sowohl eine nationale als auch europäische Identität besitzen unterstützen den europäischen Einigungsprozess (Fligstein 2008: 144). Nationale Identität (Hooghe, Marks 2009; Fligstein 2008), sowie nationalistische und politisch rechtsgerichtete Einstellungen hingegen führen zur Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses (zum Beispiel Gerhards, Lengfeld 2013). Gleiche Muster zeigen sich bezüglich der Finanzhilfe: europäische Identität führt zur Akzeptanz genereller Finanzhilfe (Lengfeld et al. 2015; Ciornei 2014). Daher lässt sich Hypothese H4 ableiten: *Europäische Identität beeinflusst Akzeptanz von Finanzhilfe an bestimmte Länder positiv, nationalistische Einstellungen eher negativ.*

Daten

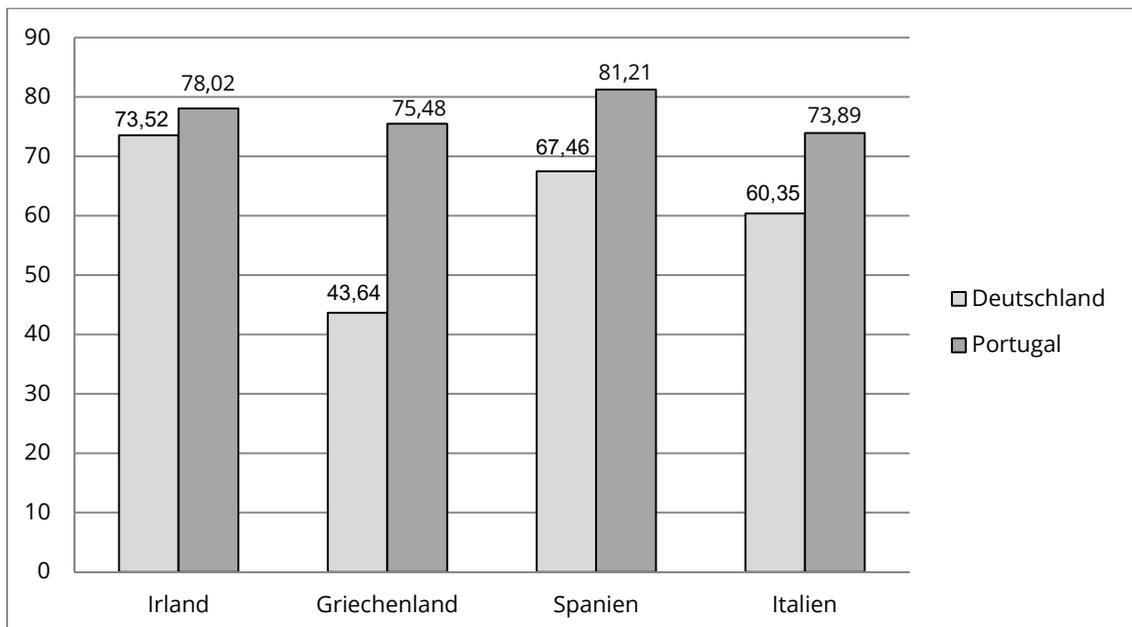
Um die oben formulierten Hypothesen zu testen und die Frage nach den Bedingungsfaktoren von Einstellungen zu länderspezifischer Finanzhilfe zu beantworten, werden Daten der Umfragestudie »Fiskalische Solidarität in der Europäischen Union« (FSEU) analysiert (Lengfeld et al. 2012). Die Studie wurde in zwei Ländern – Deutschland und Portugal – durchgeführt, die aus den zuvor diskutierten Gründen ausgewählt wurden und ein Geber- sowie Nehmerland in der europäischen Finanzkrise repräsentieren. Die etwa zehnminütige Umfrage wurde von TNS Europe Anfang bis Mitte Juli 2012 in den Untersuchungsländern in eine allgemeine Bevölkerungsumfrage eingespeist, wobei in Deutschland 999 und in Portugal 1000 wahlberechtigte Personen über 18 Jahren mit Hilfe von computergestützten telefonischen Interviews (CATI) befragt wurden. Der standardisierte Fragebogen wurde in deutscher Sprache entwickelt und vom deutschen Vertreterinstitut »TNS Infratest« ins Portugiesische übersetzt und von einem unabhängigen Übersetzungsbüro überprüft.

Abhängige Variablen. Die Einstellungen zur länderspezifischen Finanzhilfe wurden separat für Griechenland, Irland, Spanien und Italien abgefragt. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, ob das jeweilige Land finanzielle Hilfe erhalten soll (für die Frageformulierung siehe Abbildung 1). Dies sollte auf einer vierstufigen Skala (1 ja, auf jeden Fall; 2 eher ja; 3 eher nein; 4 nein, sicher nicht) eingeschätzt werden. Für die Analysen wurde diese Skala umkodiert.

Transnationale Netzwerkeinbettung. Transnationale Netzwerkeinbettung wurde anhand zweier verschiedener Indikatoren gemessen: Erstens, die konkrete Anzahl von Personen aus anderen EU-Ländern, zu denen der/die Befragte in regelmäßigem Kontakt steht, und zweitens, ob sich unter diesen Kontakten Personen aus Irland, Griechenland, Spanien und/oder Italien befinden (ja/nein). Da die Verteilung der ersten Variable (Anzahl der Kontakte im Ausland) keiner Normalverteilung entspricht, wurde diese Variable auch dichotomisiert und gibt nun an, ob Kontakte (1) oder keine Kontakte (0) zu EU Bürgern anderer Länder bestehen.

Kontrollvariablen. Effekte der sozialen Herkunft der Befragten auf länderspezifische Solidarität wurden mithilfe folgender Indikatoren in der Analyse kontrolliert: Herkunft der Befragten (0 Deutschland; 1 Portugal), Geschlecht, Alter in Jahren, Bildung (1 Abitur oder höher; 0 niedrigere Bildung), logarithmiertes Haushaltsäquivalenzeinkommen und soziale Klassenzugehörigkeit nach dem Erickson-Goldthorpe-Portocarero-Schema (1 unqualifizierte und qualifizierte Arbeiter; 0 Routinearbeiter, obere und untere Dienstklasse, Gewerbetreibende). Zudem wurden Items zu Einstellungen zur EU eingefügt: europäischen Identität (1 deutsche/portugiesische Identität und Europäische Identität; 0 nur deutsche/portugiesische Identität), politische Orientierung (1 links – 10 rechts) und zwei Items zum Nationalismus, die abfragen, ob die Befragten die eigene nationale Gemeinschaft als schützenswert ansehen und ob ein hoher Ausländeranteil zum Verfall der Kultur des Landes führt. Die Items waren auf einer vierstufigen Skala zu beantworten (1 stimme voll und ganz zu, 2 stimme eher zu, 3 lehne eher ab; 4 lehne voll und ganz ab), welche für die Analysen umkodiert wurde.

Abb. 1: Zustimmungsraten zur Finanzhilfe an (in Prozent),



Anmerkungen: FSEU 2012, N (Deutschland) = 676; N (Portugal) = 628, Frageformulierung: Sagen Sie mir zu jedem der folgenden EU-Länder, ob es Ihrer Meinung nach in Krisenzeiten finanzielle Hilfe erhalten soll. Wie ist das mit...? (1 ja, auf jeden Fall; 2 eher ja; 3 eher nein; 4 nein, sicher nicht), Antwortkategorien 1 und 2 zusammengefasst.

Analyse. Die Diskussion möglicher Einflussfaktoren auf Einstellungen zur länderspezifischen Finanzhilfe zeigte, dass ein recht komplexes Modell anzunehmen ist. In diesem Falle bietet sich die Verwendung von Strukturgleichungsmodellen (SEM) an, da das Verfahren mehrere Vorteile aufweist: Erstens lassen sich mehrere Hypothesen mit einem Modell testen, zweitens können Fehler im Vergleich zu anderen multivariaten Ansätzen besser kontrolliert werden, da die Fehlervarianzen in systematische sowie zufällige Fehler zerlegt werden, und drittens werden Kovariationen zwischen allen Variablen im Modell angenommen (Urban, Mayerl, 2014: 17). Basis der Analyse bildet eine polychorische Korrelationsmatrix, da mehrere Items kategorial gemessen wurden, sowie einige Variablen fehlende Werte aufwiesen.

Ergebnisse

Abbildung 1 zeigt zunächst die deskriptiven Befunde zur länderspezifischen Akzeptanz von Finanzhilfe. Für fast alle Länder sind die Zustimmungsraten deutlich über 50 Prozent mit Ausnahme der Finanzhilfe an Griechenland. Diese befürworten nur knapp 44 Prozent der deutschen Befragten. Griechenland ist auch der Fall, in dem die größten Unterschiede zwischen den beiden Befragungsländern auftreten, denn 75,5 Prozent der portugiesischen Befragten befürworten Finanzhilfe an Griechenland. Die anderen Länder betreffend sind die Zustimmungsraten der Portugiesen etwas höher als die der deutschen Befragten und schwanken zwischen 74 Prozent bezüglich der Finanzhilfe an Italien und 81 Prozent an Spanien. Die Deutschen stehen der Finanzhilfe an Irland am offensten gegenüber, 73,5 Prozent der Befragten befürworten diese. Insgesamt weisen die höheren Zustimmungsraten der Portugiesen darauf hin, dass Hypothese 1, die davon ausgeht, dass Portugiesen Finanzhilfe eher als Deutsche befürworten Gültigkeit besitzt. Da die deskriptiven Befunde jedoch keine Kontrollvariablen einbeziehen, sind weitere multivariate Analysen notwendig.

Abb. 2: Strukturgleichungsmodelle zur Erklärung der Einstellungen bezüglich Finanzhilfe an südeuropäische Länder und Irland

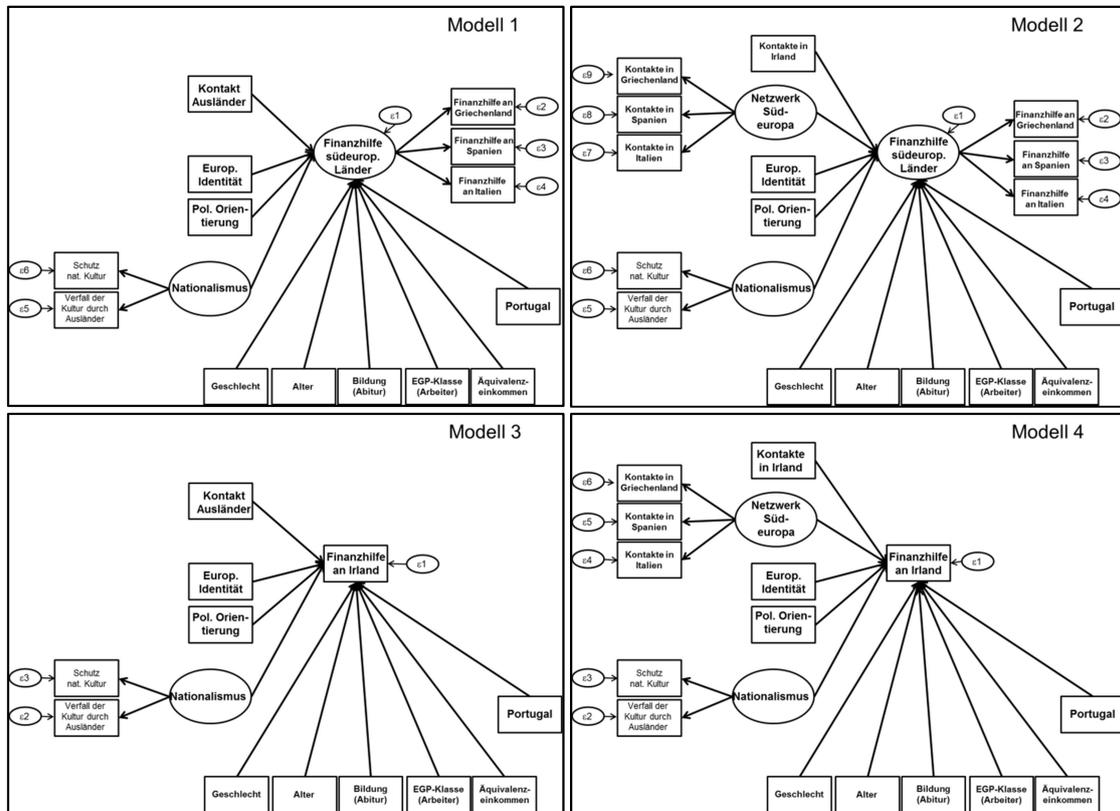


Abbildung 2 stellt die berechneten Strukturgleichungsmodelle zur Analyse der Einstellungen zur Finanzhilfe an südeuropäische Länder und an Irland dar. Die rechteckigen Felder zeigen die erhobenen Variablen an, wohingegen die ovalen Felder latente Faktoren/Variablen repräsentieren. Finanzhilfe an Südeuropa wurde als latenter Faktor konzeptualisiert, der sich aus den Einstellungen zur Finanzhilfe an Griechenland, Spanien und Italien konstruiert. Da die Einstellungen zur Finanzhilfe an Irland nur mit einem Item gemessen wurden, wird hier kein latenter Faktor gebildet, sondern die erhobene Variable direkt als abhängige Variable in das Modell integriert. Auch die Netzwerkeinbettung in Südeuropa, sowie Nationalismus wurden als latente Faktoren gemessen. Alle Items, die die Faktoren konstruieren, weisen eine hohe Faktorladung von über 0.44 auf und deuten damit auf eine akzeptable Konsistenz der Faktoren hin (Tabelle 1).

Die Ergebnisse der Strukturgleichungsmodelle sind in Tabelle 1 dargestellt. Zunächst zeigt sich für alle Modelle, dass die Portugiesen im Vergleich zu den Deutschen Finanzhilfe eher befürworten. Damit werden die deskriptiven Ergebnisse gestützt und Hypothese H1 gänzlich bestätigt. Die schwierige wirtschaftliche Lage und der Status als Nehmerland scheinen eine positive Einstellung zur Finanzhilfe auch an spezifische Länder zu bedingen. Die deutsche Zurückhaltung kann im Geberstatus begründet liegen, der mit relativer Unsicherheit bezüglich zukünftiger Zahlungen verbunden ist. Zudem beeinflusst Netzwerkeinbettung nicht per se positive Einstellungen zur Finanzhilfe. Kontakt zu Ausländern in anderen EU Ländern führt sogar zur Ablehnung von Finanzhilfe (siehe Modelle 1 und 3). Damit muss Hypothese H2 verworfen werden.

Einen tieferen Einblick diesbezüglich erlaubt die Betrachtung konkreter Netzwerke, in die Respondenten eingebettet sind (Modelle 2 und 4). Kontakte zu Südeuropäern führen zur ablehnenden Haltung gegenüber Finanzhilfe sowohl an südeuropäische Länder als auch an Irland. Kontakte zu Iren hingegen rufen eine positive Einstellung zur Finanzhilfe hervor. Die Analysen bestätigen demnach Hypothese H3a, die annimmt, dass Kontakte nach Irland zur zustimmenden Haltung gegenüber Finanzhilfe führen und Hypothese H3b, die annimmt, dass Kontakte zu Griechen, Spaniern und Italienern zur ablehnenden Haltung gegenüber Finanzhilfe führen. Dieses Ergebnis weist weder auf die Gültigkeit der Kontakthypothese noch der Konflikttheorie hin. Es deutet jedoch an, dass in Netzwerken Informationen ausgetauscht werden, die den Individuen anhand von Solidaritätskriterien eine Abschätzung erlauben, ob ein Land würdig bedürftig ist oder nicht. So ist anzunehmen, dass die südeuropäische Lage als selbstverschuldet eingestuft wird (Solidaritätskriterium »*Kontrolle der eigenen Lage*«), da hier korrupte politischer Strukturen vorherrschen, die zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage beitragen und wiederum eine Rückzahlung der Finanzhilfe hemmen (Solidaritätskriterium »*Reziprozität*«). Zudem erscheint die Finanzhilfe nur begrenzt vom Volke südeuropäischer Länder gewünscht zu sein, da diese an Einschnitte in die Sozialpolitik der jeweiligen Länder gebunden sind (Solidaritätskriterium »*Geisteshaltung*«). Kontakte zu Iren hingegen zeigen die liberale Wohlfahrtskultur auf, die vermittelt, dass jeder Bürger das seinige unternimmt, um das Land aus der Krise zu holen (Solidaritätskriterien »*Reziprozität*« und »*Geisteshaltung*«), was wiederum durch wenig korrupte Strukturen ungehindert vonstattengehen kann (Solidaritätskriterium »*Kontrolle der eigenen Lage*«).

Schließlich zeigt sich wie in anderen Studien, dass europafreundliche Einstellungen auch mit offenen Haltungen bezüglich der Finanzhilfe an Südeuropa sowie Irland verbunden sind. Respondenten mit europäischer Identität befürworteten Finanzhilfe. Personen hingegen, die nationalistisch eingestellt sind, lehnen Finanzhilfe an beide Ländergruppen ab. Somit wird Hypothese H4 von den Daten gestützt, der das Solidaritätskriterium »*Identität*« zugrunde liegt. Individuen, die sich mit anderen Europäern identifizieren sind auch eher offener für Finanzhilfe an andere europäische Länder.

Tab. 1: Einflussfaktoren der Akzeptanz länderspezifischer Finanzhilfe

	Finanzhilfe an südeuropäische Länder		Finanzhilfe an Irland	
	M1	M2	M3	M4
Strukturmodell				
Kontakt Ausländer	-.104*** (.029)		-.080** (.029)	
Netzwerk Südeuropa		-.088* (.041)		-.152*** (.039)
Kontakte in Irland		.079* (.034)		.237*** (.032)
Geschlecht (weiblich)	-.089** (.028)	-.096** (.029)	-.074** (.028)	-.073** (.028)
Alter	-.025 (.030)	-.020 (.030)	.074* (.029)	.079** (.029)
Bildung (mind. Abitur)	-.201*** (.055)	-.234*** (.057)	.129* (.052)	.076 (.052)
EGP Klasse – Arbeiter	-.211*** (.041)	-.222*** (.044)	-.059 (.040)	-.093* (.043)
Netto-HH-Äquivalenzeinkommen	.201*** (.041)	.207*** (.042)	.071 (.040)	.090* (.040)
	-.025 (.029)	-.020 (.029)	.004 (.028)	.018 (.027)
Politische Orientierung (links-rechts)				
Europäische Identität	.204*** (.033)	.185*** (.034)	.185*** (.032)	.150*** (.031)
Nationalismus	-.338*** (.052)	-.342*** (.052)	-.100* (.046)	-.112* (.045)
Portugal	.549*** (.044)	.566*** (.045)	.150*** (.043)	.190*** (.043)
Messmodell				
Finanzhilfe an südeuropäische Länder				
Finanzhilfe an Griechenland	.771*** (.013)	.771*** (.013)	n.a.	n.a.
Finanzhilfe an Spanien	.898*** (.009)	.898*** (.009)	n.a.	n.a.
Finanzhilfe an Italien	.891*** (.009)	.890*** (.009)	n.a.	n.a.
Nationalismus				
Schutz nationaler Kultur	.445*** (.031)	.440*** (.031)	.439*** (.033)	.434*** (.033)
Verfall der Kultur durch Ausländer	.716*** (.038)	.722*** (.038)	.725*** (.042)	.733*** (.042)
Netzwerk – Südeuropa				
Kontakte in Griechenland		.742*** (.015)		.742*** (.015)
Kontakte in Italien		.890*** (.012)		.890*** (.012)
Kontakte in Spanien		.719*** (.016)		.720*** (.016)

Tab. 1: Einflussfaktoren der Akzeptanz länderspezifischer Finanzhilfe (Fortsetzung)

	Finanzhilfe an südeuropäische Länder		Finanzhilfe an Irland	
	M1	M2	M3	M4
χ^2	424.565	1295.575	30.768	686.33
p	.000	.000	.000	.000
RMSEA	.099	.124	.043	.121
CFI	.885	.806	.964	.806

Anmerkungen: FSEU 2012; standardisierte Effekte; N = 1304; *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Diskussion

Die europäische Finanzkrise stellt eine der größten gegenwärtigen Herausforderungen der EU dar. Begegnet wurde ihr durch die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der als Vertiefung europäischer Systemintegration gewertet werden kann, da mit diesem unter anderem die Souveränität von Finanzhilfe empfangenden Ländern eingeschränkt wird und die Nichtbeistandsklausel im Lissabon-Vertrag für den Stabilitätsmechanismus ausgesetzt wurde. Der Beitrag fragt nun, ob der beschleunigten Systemintegration auch eine Sozialintegration folgt. Als Indikator für geglückte Sozialintegration wird das Bestehen grenzüberschreitender informeller Solidarität unter den europäischen Bürgern herangezogen, die über Einstellungen zur Finanzhilfe an die EU Mitgliedsstaaten Irland, Griechenland, Spanien und Italien operationalisiert wurde. Analysiert wurden Daten einer Umfragestudie »Fiskalische Solidarität in der Europäischen Union« (FSEU), die 2012 in Deutschland und Portugal durchgeführt wurde.

Bedingungsfaktoren für Solidarität sind der kulturelle und ökonomische Hintergrund einzelner Individuen, Informationen über Bezugsländer von Finanzhilfe sowie soziale Netzwerkeinbettung mit Personen eben dieser Bezugsländer, die mögliche bestehende Fehlinformationen korrigieren oder korrekte Informationen erweitern. Dabei ist anzunehmen, dass Bürger aus Ländern, die selbst von der Finanzkrise stark betroffen sind und Finanzhilfe beantragen mussten, Finanzhilfe eher befürworten als Bürger aus wirtschaftlich stabilen Ländern, die zudem Finanzhilfe leisten. Bei letzteren besteht die Gefahr, dass die Bevölkerung für nicht zurückgezahlte Anleihen selbst aufkommen muss. Diese Annahme wird von den Ergebnissen der vorliegenden Studie gestützt. Portugiesen befürworten im Vergleich zu Deutschen Finanzhilfe eher, sowohl an südeuropäische EU Länder als auch an Irland.

Anhand der Informationen über ein Zielland von Finanzhilfe kann eingeschätzt werden, ob ein Land würdig bedürftig ist. Hierzu werden die Solidaritätskriterien »Kontrolle über die Lage«, »Reziprozität«, »Geisteshaltung« und »Identität« herangezogen. Ein Land wird hierbei als würdig bedürftig eingeschätzt, wenn es die finanzielle Lage nicht selbst verursacht hat, in der Zukunft fähig sein wird, die Anleihen des Stabilitätsmechanismus zurückzuzahlen und dabei eine dankbare Haltung gegenüber der Finanzhilfe vorliegt. Weiterhin werden Länder als würdig bedürftig eingeschätzt, mit denen sich ein Individuum identifizieren kann.

Bezüglich des Solidaritätskriteriums »Identität« zeigt die Studie erwartungsgemäße Ergebnisse. Personen mit einer europäischen Identität befürworten länderspezifische Finanzhilfe, wäh-

rend nationalistisch eingestellte Personen Finanzhilfe ablehnen. Weiterhin deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Netzwerkeinbettung die Entscheidung über die Solidaritätskriterien stark beeinflusst. So zeigt sich, dass regelmäßige Kontakte zu EU Ausländern Ablehnung von Finanzhilfe an die südeuropäischen Länder als auch an Irland hervorrufen. Trennt man die Netzwerkkontakte nach Kontakten in die südeuropäischen Mitgliedstaaten und Irland auf, so zeigt sich, dass Netzwerkeinbettung in Erstere Ablehnung und Netzwerkeinbettung in Letzteres Akzeptanz von Finanzhilfe hervorrufen. Erklären lässt sich dies damit, dass in südeuropäischen Ländern starre korrupte Strukturen vorherrschen, die mit Hilfe der Wohlfahrtsstaatssysteme, die auf Stuserhalt ausgelegt sind, verfestigt werden. Öffentlich kann dies zur Wahrnehmung führen, dass die Krise der südeuropäischen Länder selbstverschuldet ist und sie somit keine würdigen Empfänger von Finanzhilfe sind. Öffentliche Demonstrationen zeigen an, dass die Südeuropäer die Austeritätspolitik ablehnen. Somit ist zu erwarten, dass Individuen, die sozialen Kontakte zu Südeuropäern haben, in ihrer öffentlichen Wahrnehmung bestärkt werden und es somit fragwürdig erscheint, ob Finanzhilfe zurückgezahlt werden kann bzw. ob dies auch gewünscht ist. Demnach lässt sich Reziprozität sowie eine dankbare Haltung in den südeuropäischen Ländern vermissen. Darauf basierend kann Netzwerkeinbettung dazu führen, dass die Länder als unwürdig bedürftig eingeschätzt werden und somit die in Südeuropa gut vernetzten Respondenten Finanzhilfe ablehnen. Irland hingegen weist weniger korrupte staatliche Strukturen auf, die die Verschuldung des Landes hervorgerufen haben könnten bzw. die Rückzahlung der Anleihen hemmen könnten. Zudem ist Irland durch eine liberale Wohlfahrtskultur gekennzeichnet, in der jeder Bürger für sich selbst verantwortlich ist und nur Armutsvermeidung eine Rolle spielt. Vergleichbare massive Demonstrationen gegen die Sparpolitik, wie sie in Südeuropa stattfanden, erfolgten in Irland nicht. Es ist denkbar, dass Irland in der öffentlichen Wahrnehmung eine würdige Bedürftigkeit zugesprochen wird die sich durch Kontakte zu Iren manifestiert, da es nicht selbst verantwortlich für seine Lage ist, die Kapazität der Rückzahlung der Anleihen besteht und die Bevölkerung der Finanzhilfe tendenziell positiv gegenübersteht.

Insgesamt zeigt die Studie auf, dass die der beschleunigten Systemintegration folgende Sozialintegration begrenzt ist. Solidarische Einstellungen werden vorwiegend von der eigenen Betroffenheit, Europafreundlichkeit sowie der Einschätzung bestimmter Länder als würdige Empfänger von Finanzhilfe bestimmt, wobei Kontakte in die betroffenen Länder ablehnende als auch zustimmende Haltungen gegenüber der Finanzhilfe verstärken. Somit kann geschlossen werden, dass die Intensivierung von Kontakten unter EU-Bürgern nicht per se Solidaritätsentwicklung sicherstellen. Eher scheinen Netzwerkkontakte in betroffene Länder dazu zu führen, dass in dem Land vorherrschende Einstellungen übernommen werden. Wie genau diese Beeinflussung vonstattengeht ist dabei Aufgabe zukünftiger Forschung.

Literatur

- Blumer, H. 1958: Race Prejudice as a Sense of Group Position. *The Pacific Sociological Review*, 1. Jg., Heft 1, 3-7.
- Ciornei, I. 2014: Transnational solidarity and cross-border practices in Europe. In E. Recchi (Hg.), *The Euro-*

- peanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications among EU and Third-Country Citizens – Final Report, 114–126.
- EFSF 2015: Frequently Asked Questions on the EFSF, updated 19.3.2015, <http://www.efsf.europa.eu/about/publications/index.htm> (letzter Aufruf 15. April 2015).
- ESM 2015: Frequently Asked Questions on the European Stability Mechanism (ESM), updated 23.03.2015, <http://www.esm.europa.eu/publications/index.htm> (letzter Aufruf 15. April 2015).
- Esping-Andersen, G. 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Ferrera, M. 1996: The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy*, 6. Jg., 17–37.
- Fligstein, N. 2008: *Euroclash. The EU, European Identity, and the Future of Europe*. Oxford: Verlag, 123–164.
- Gerhards, J., Lengfeld H. 2013: *Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger*. Wiesbaden: Springer VS.
- Häuberer, J. 2014: Social Capital in Voluntary Associations: Localizing Social Resources. *European Societies*, 16. Jg., Heft 4, 570–593.
- Hooghe, L., Marks, G. 2009: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. *British Journal of Political Science*, 39. Jg., 1–23.
- Lengfeld, H., Schmidt, S., Häuberer J. 2015: Is There a European Solidarity? Attitudes Towards Fiscal Assistance for Debt-Ridden European Union Member States. Leipzig, *Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie* Nr. 67, http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2597605 (letzter Aufruf 5. Mai 2015).
- Lengfeld, H., Schmidt, S., Häuberer J. 2014: Fiskalpolitische Solidarität in der Europäischen Union: Erste Befunde einer Umfrage 2012 aus Deutschland und Portugal. In M. Löw (Hg.), *Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, CD.
- Lengfeld, H., Schmidt S., Häuberer, J. 2012: Solidarität in der europäischen Fiskalkrise: Sind die EU-Bürger zu finanzieller Unterstützung von hoch verschuldeten EU-Ländern bereit? In *Hamburg Reports on Contemporary Societies* Nr. 5, http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/sozialoekonomie/lengfeld/HRCS/HRCS_05_2012.pdf (letzter Aufruf am 05. Mai 2015).
- Mau, S. 2010: *Social Transnationalism. Lifeworlds beyond the nation-state*. London: Routledge.
- Mau, S., Verwiebe, R. 2010: *European Societies. Mapping structure and change*. Portland: The Policy Press.
- McPherson, J. M., Popielarz, P. A., Drobnic, S. 1992: Social networks and organizational dynamics. In *American Sociological Review*, 57. Jg., 153–70.
- Pereirinha, J.A., Arcanjo, M., Nunes, F. 2008: Von einem korporativen Regime zu einem europäischen Wohlfahrtsstaat: Das portugiesische Wohlfahrtsystem. In K. Schubert, S. Hegelich, U. Bazant (Hg.), *Europäische Wohlfahrtsysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS, 483–501.
- Pfau-Effinger, B. 2009: Wohlfahrtsstaatliche Politiken und ihre kulturellen Grundlagen. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 34. Jg., Heft 3, 3–21.
- Recchi, E., Salamońska, J., Rossi, T., Baglioni, L. G. 2014: Cross-border mobilities in the European Union: An evidence-based typology. In E. Recchi (Hg.), *The Europeanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications among EU and Third-Country Citizens – Final Report*, 114–126.
- Stouffer, S. 1949: *American Soldier*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Transparency International 2013: *Corruption Perception Index: Tabellarisches Ranking*, www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2400.0.html (letzter Aufruf 15. April 2015).
- Urban, D., Mayerl, J. 2014: *Strukturgleichungsmodellierung. Ein Ratgeber für die Praxis*. Wiesbaden: Springer VS.
- van Oorschoot, W. 2008: Solidarity towards immigrants in European welfare states. *International Journal of Social Welfare*, 17. Jg., 3–14.
- van Oorschoot, W. 2000: Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy & Politics*, 28. Jg., Heft 1, 33–48.